

# Für den mündigen Leser

Wie berichtet man über die **AfD in ihrer Hochburg Sachsen**? Nachgefragt bei der *Freien Presse* aus Chemnitz.

Mit 27 Prozent wurde die AfD bei der Bundestagswahl im Jahr 2017 stärkste Partei in Sachsen. Was dies für die Berichterstattung bedeutet, wollten wir kurz nach der Wahl von Oliver Hach, stellvertretender Ressortleiter Recherche der *Freien Presse* in Chemnitz, wissen (*drehscheibe* 12/2017). Vor allem „ohne Alarmismus“ wollte die Redaktion über die rechtspopulistische Partei berichten (siehe Checkliste). Und wie sieht die Berichterstattung ein paar Monate später aus?

**Normale Partei mit Stöckchen** „Einerseits muss man konstatieren, dass die Partei inzwischen fest im politischen Spektrum verankert ist“, sagt Hach. „Der Umgang der Medien



**Oliver Hach ist stellvertretender Ressortleiter Recherche der Freien Presse.**

mit der AfD normalisiert sich mehr und mehr.“ Andererseits mache die Partei nach wie vor viel Wirbel um die Themen Migration und Islam, „das spitzt sie weiter extrem zu und polarisiert“. Deswegen frage man sich in der Redaktion immer wieder, ob man über jedes „Stöckchen springen will, das uns die AfD hinhält“.

Als Beispiel nennt Hach eine Anfrage eines Abgeordneten der Partei im sächsischen Landtag, Carsten Hütter. Er habe wissen wollen, wie viele Sinti und Roma im Freistaat lebten. „Das war genau so ein Fall, wo wir uns gefragt haben, wie man damit umgehen soll“, erzählt Hach. „Schließlich haben wir uns entschieden, nicht darüber zu berichten. Denn die wirklichen Motive hinter dieser Anfrage bleiben im Unklaren, und man hätte der Partei an dieser Stelle eine Aufmerksamkeit geschenkt, die fehl am Platze gewesen wäre.“ Allerdings habe sich im Anschluss auf Twitter dennoch eine Debatte daran entzündet. „Wir haben aber beschlossen, das Thema besser nicht aus dieser Echokammer heraus- und ins Blatt zu holen“, sagt Hach.

**Berichterstattung unter Beobachtung** Insgesamt achte die Partei sehr stark darauf, wie über sie geschrieben werde.

Etwa nach dem Parteitag in Augsburg, von dem Hach berichtet hat. „Da erhielten wir eine E-Mail von einem Kreisverband, der sich zum Beispiel darüber beschwerte, dass wir nur das Rentenkonzept von Herrn Meuthen und nicht auch das von Herrn Höcke erwähnt hätten. Aber Höckes Plan war auf dem Parteitag gar kein Thema, deshalb haben wir auch nicht darüber berichtet. So habe ich das auch dem Kreisverband erklärt.“

**Wächterfunktion bleibt**

Auch wenn die AfD in gewisser Weise als „normale Partei“ wahrgenommen werde, würde die Redaktion weiterhin ihre extremistischen Bestrebungen im Blick behalten. So habe sie über die Vorgänge um eine WhatsApp-Gruppe der AfD im Vogtland berichtet, in der extremistische Inhalte geteilt worden seien. „Delegierte in Augsburg haben mir gesagt, dass ihnen diese Inhalte auch nicht zugesagt hätten. Sie zeigten ein gewisses Verständnis dafür, dass wir das aufgegriffen haben.“

Wichtig findet Hach, dass man nüchtern und nachrichtlich über die Partei berichte. „Man braucht dabei keine verstärkenden Attribute oder eindringliche Sätze. Die Dinge sprechen für sich selbst und der mündige Leser kann sie für sich selbst einordnen.“

TEXT: STEFAN WIRNER



**CHECKLISTE**

- ✓ Nicht über jedes Stöckchen der AfD springen
- ✓ Nüchtern und nachrichtlich berichten
- ✓ Auf verstärkende Attribute verzichten
- ✓ Den mündigen Leser selbst bewerten lassen

**ZUM NACHLESEN**

Kurz nach der Bundestagswahl sprach die *drehscheibe* schon einmal mit Oliver Hach: Ausgabe 12/2017.

Die Beziehung zwischen der AfD und den Medien hat der Medienwissenschaftler Bernd Gäbler für die Otto-Brenner-Stiftung untersucht. Außerdem hat er einige Fallen identifiziert, die die Berichterstattung über die AfD für Journalisten bereitstellt: [www.bit.ly/bernd-gaebler](http://www.bit.ly/bernd-gaebler)



...Hereinspaziert!

KARIKATUR: TOMICEK

## LEITARTIKEL

## Angekommen in der Normalität

VON OLIVER HACH

- Der AfD-Bundesparteitag in Augsburg verläuft ohne Flügelkämpfe
- Für die politische Bildung könnte die Partei bald Steuermittel einsammeln
- Inhaltlich will sich die AfD verstärkt der Sozialpolitik zuwenden

Was waren das noch für Zeiten: im Sommer 2015 in Essen, der Showdown zwischen Bernd Lucke und Frauke Petry vor über 3000 Parteimitgliedern in der überhitzten Gruga-Halle. Im Frühjahr 2017 in Köln dann Petrys Demontage in einem Hotel in der Innenstadt, umstellt von Wasserwerfern und wütenden Demonstranten. Im Jahr 2018 ist vieles anders: Es gibt jetzt in der AfD keine Flügelkämpfe mehr. In Augsburg ist die Genese der Partei abgeschlossen. Sie weiß jetzt, wohin sie will.

Die Alternative für Deutschland ist in der Normalität angekommen – als etablierte politische Kraft rechts außen im deutschen Parteiensystem. In fast allen Landtagen und im Bundestag ist die AfD inzwischen vertreten, im Oktober wird sie wohl auch in Bayern und Hessen in die Parlamente einziehen. Sie polarisiert wie keine andere Partei, lebt von der Provokation, der kalkulierten Grenzüberschreitung, die ihr stets die nötige Aufmerksamkeit sichert. Auch in Augsburg war das wieder so. Die Parteivorsitzenden Meuthen und Gauland wissen sehr wohl, wie sie mit der Rhetorik von „rot-grün versiffte“ etablierter Politik und DDR-Vergleichen Empörung auslösen können.

Zugleich hat die AfD gelernt, die bestehenden Verhältnisse für sich zu nutzen. Sie denkt dabei durchaus vorausschauend. Sollte sie auch in drei Jahren wieder in den Bundestag einziehen, kann sie sich politische Bildungsarbeit in ihrem Sinne jährlich mit Millionen an Steuermitteln finanzieren lassen. Dafür sorgte der Beschluss über die Anerkennung einer parteinahen Stiftung. Der Verein von Erika Steinbach wird schon jetzt die Ideen der Partei unter Volk

bringen – unverfänglicher, ohne AfD-Label. Gerade dieses schreckt bislang noch viele Besucher und auch Referenten ab, auf entsprechende Veranstaltungen zu gehen.

Bis heute rechtfertigt die AfD vieles mit dem Hinweis darauf, eine junge Partei zu sein. Aber fünf Jahre nach ihrer Gründung muss sie inhaltlich liefern – nicht nur beim alles dominierenden Thema Migration. Bei der Rente, so zeigt sich jetzt, könnten wir in Deutschland bald ei-

### Der politische Diskurs mit Rechtsaußen muss künftig wohl auf immer mehr Feldern geführt werden.

ne Debatte über die völlige Abschaffung der gesetzlichen Altersvorsorge bekommen. Das Jahr 2019, wenn in Sachsen gewählt wird, soll für die Partei auch zum Jahr der Sozialpolitik werden. Verknüpfung von sozialer Gerechtigkeit und Identität verspricht hier der Thüringer Landeschef Höcke. Was soll das werden: Kindergeld nur für Deutsche? Steuervorteile nur für Assimilierte? Der politische Diskurs mit Rechtsaußen muss künftig wohl auf immer mehr Feldern geführt werden.

oliver.hach@freiepresse.de

# Deftiges aus Bayern

Die AfD-Spitze setzt zum Bundesparteitag auf Bewährtes: Derbe Angriffe auf Multikulti und kalkulierte Entgleisungen mit DDR- und Hitlervergleichen. Programmatisch gab es eine Idee, die das deutsche Rentensystem komplett umkrepeln würde.

VON OLIVER HACH

AUGSBURG – Auf dem Bundesparteitag der Alternative für Deutschland haben 520 Delegierte am Wochenende in Augsburg Richter fürs Bundesschiedsgericht gewählt, Satzungsänderungen beschlossen und sich für die Anerkennung einer parteinahen Stiftung ausgesprochen. Programmatische Beschlüsse gab es nicht, wenig Streit herrschte in den Debatten. „Ich bin positiv überrascht, der Parteitag ist gut organisiert“, sagt Jörg Bretschneider aus Mittelsachsen. Er ist einer der rund 20 sächsischen Delegierten in der Schwabenhalle der Messe Augsburg. Bretschneider glaubt: „Eine gewisse Normalität ist eingekehrt.“

Immerhin: An den Gegendemonstrationen draußen kann sich die AfD noch reiben. Schon seit Freitag war das Messegelände weiträumig abgeriegelt, 2000 Polizisten, darunter auch Beamte aus Sachsen, sind an dem Wochenende im Einsatz. Am Samstagmorgen werden die Delegierten mit Transparenten und Sprechchören begrüßt: „Es gibt kein Recht auf Nazi-propaganda.“ Rund 5000 Menschen beteiligen sich an den Protesten – „äußerst friedlich“, wie das Polizeipräsidium Schwaben-Nord später bilanziert.

Jörg Meuthen nennt die Demonstranten „linksterroristische Dampfböden“. In seiner Rede spricht der AfD-Bundesvorsitzende vom Multikulturalismus als ideologischem Grundirrtum des beginnenden 21. Jahrhunderts. „An uns ist es, den Multikulturalismus hinwegzufegen. Und genau das werden wir tun – wir lassen uns nicht aufhalten.“ Dazu brauche man Europa, aber nicht Frankreichs Präsidenten Emmanuel Macron oder EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, sondern in Österreich Kanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Heinz-Christian Strache, den italienischen Innenminister Matteo Salvini und Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán. „Das sind unsere Verbündeten“, sagt Meuthen. Ziel sei eine „Festung Europa“.

Der Co-Vorsitzende Alexander Gauland nennt die Ergebnisse des Asyl-Gipfels der Europäischen Union „eine totale Luftnummer“. In Bayern, wo im Herbst ein neuer Landtag gewählt wird, werde die AfD mit diesem Thema gegen die



Politische Bildung künftig auch von rechts: AfD-Parteichef Alexander Gauland (l.) und Parteivize Kay Gottschalk mit der früheren CDU-Politikerin Erika Steinbach, Leiterin der Desiderius-Erasmus-Stiftung.

FOTO: MATTHIAS BALK/DPA

CSU in den Wahlkampf ziehen. „Das ist keine europäische Lösung und dagegen werden wir Sturm laufen“, sagt Gauland. Die Migrationsfrage sei die Schicksalsfrage Europas, ein irreversibler „Bevölkerungsaustausch“ müsse verhindert werden.

Zugleich zieht der Parteichef in seiner Rede Parallelen zwischen den aktuellen politischen Zuständen in Deutschland und der Endzeit der DDR. Hinter dem „Regime“ mit seinem „Politbüro“ mit Kanzlerin Angela Merkel habe sich so wie 1989 im Osten eine elitäre Gruppe von Politikern, Künstlern und Medienvertretern versammelt; unbotmäßige Bürger gingen dagegen auf die Straße. „Wieder ist Sachsen das Herz des Widerstandes“, sagt Gauland. Die Schweizer Medien seien „das neue Westfernsehen“, in Europa seien es die Polen und Ungarn, „die sich als erste gegen die Befehle aus dem Brüsseler Kreml auflehnen“. Zudem vergleicht Gauland Merkel und ihre Europapolitik mit Hitler. Er sagt: „Der letzte deutsche Regierungschef, der eine solche Feindkonstellation gegen sich aufgebracht hat ...“ – ohne den Satz zu vollenden.

Der AfD wird immer wieder vorgeworfen, sie habe nur ein Thema: die Migration. In Augsburg nun äußert sich Parteichef Meuthen erstmals zu Vorstellungen der Partei in der Rentenpolitik. Meuthen schlägt eine schrittweise Abkehr vom „zwangsfinanzierten Umlagesystem“ der gesetzlichen Rentenversicherung vor, hin zu einer „regelmäßigen privaten Vorsorge“. Menschen, die dazu nicht in der Lage seien, müsse der Staat aus allgemeinen

Steuermitteln unter die Arme greifen. Meuthen betont: „Wir müssen an das gesamte Abgabensystem ran.“ Das Konzept der AfD, das am Ende die Abschaffung der gesetzlichen Rente vorsieht, sei aber noch nicht fertig. „Das darf auch nach diesem Parteitag noch so sein.“

Der nächste Bundesparteitag der AfD findet möglicherweise in Sachsen statt, wo 2019 ein neuer Landtag gewählt wird. Der Landtagsabgeordnete Carsten Hütter aus Marienberg sagte der „Freien Presse“, der AfD-Landesvorstand in Dresden habe beantragt, die Listenaufstellung zur Europawahl im Januar in Sachsen

durchzuführen – „zur Unterstützung der Landtagswahl“. Man brauche dazu eine Halle für vier Tage, die sei in Sachsen günstiger zu bekommen als im Westen Deutschlands. Die AfD hatte zuletzt Probleme, bezahlbare Veranstaltungsorte für ihre Bundesparteitage zu finden.

In Augsburg bestätigen die Delegierten zudem einen Antrag des Thüringer Landeschefs Björn Höcke für einen Bundesparteitag zur Sozialpolitik, der „soziale Gerechtigkeit mit Identität verknüpfen“ soll. Höcke spricht sich dafür aus, dass der Parteitag im Sommer 2019 in Sachsen stattfindet.

Leitartikel

### Politische Stiftungen: Auch die AfD will Steuermillionen

Die Desiderius-Erasmus-Stiftung soll künftig politische Bildungsarbeit für die AfD übernehmen. Nach monatelanger Kontroverse stimmten die Delegierten in Augsburg mit einer knappen Zweidrittelmehrheit dafür, die von der früheren CDU-Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach geleitete nationalliberale Stiftung als parteinah anzuerkennen. Zugleich wurde die Anerkennung der konkurrierenden Gustav-Stresemann-Stiftung abgelehnt. Damit würde auch die AfD perspektivisch von Millionenbeträgen aus Steuermitteln profitieren, die in die parteinahen Stiftungen fließen. Allerdings werden diese Zuwendungen erst dann gewährt, wenn eine Partei zum zweiten Mal hintereinander in den Bundestag einzieht.

Insgesamt 581 Millionen Euro flossen im vergangenen Jahr aus Bundesmitteln in die Stiftungen von SPD,

CDU, FDP, CSU, Die Linke und den Grünen. Allein die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung erhielt mehr als 170 Millionen Euro, die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung verbuchte rund 167 Millionen Euro. Mit dem Geld wird die politische Bildung der Bevölkerung im In- und Ausland, Begabtenförderung und Entwicklungszusammenarbeit finanziert.

In der AfD, so sagte der mittelsächsische Delegierte Jörg Bretschneider, gebe es nach wie vor die Befürchtung, „dass sich Leute an diesen Töpfen bereichern wollen“. Bisher sei die Erasmus-Stiftung in Sachsen kaum in Erscheinung getreten. Die Mehrheit der sächsischen Abgeordneten stimmte für die Stiftung, es gab aber auch Ablehnung. Der Chemnitzer Bundestagsabgeordnete Ulrich Ohme reiste laut Bretschneider nach der Entscheidung vorzeitig vom Parteitag ab. (oha)

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Medien Union GmbH Ludwigshafen  
**Verlag:** Chemnitz Verlag und Druck GmbH & Co. KG  
 09111 Chemnitz, Brückenstraße 15 oder 09002 Chemnitz, Postfach 261  
**Telefon:** 0371 6560  
**Telefax Redaktion:** 0371 656-17084  
**Telefax Anzeigen:** 0371 656-17077  
**Internet:** www.freiepresse.de  
**E-Mail:** die.tageszeitung@freiepresse.de

**Geschäftsführer:** Ulrich Lingnau  
**Chefredakteur:** Torsten Kleiditzsch (verantwortlich für den redaktionellen Teil)  
**Stellvertretende Chefredakteure:** Udo Lindner, Jana Klameth

**Mitglied der Chefredaktion:** Sascha Aurich

**Weitere leitende Redakteure:** Chef vom Dienst: Dietmar Bartel  
 Chefkorrespondent Wirtschaft/Politik: Christoph Ulrich  
 Zeitgeschehen: Ulrich Hammerschmidt  
 Kultur: Tim Hofmann  
 Sport: Martina Martin  
 Bild/Grafik: Uwe Mann  
 Büro Berlin: Alessandro Peduto  
 Büro Dresden: Tino Moritz, Kai Kollenberg  
**Leiter Leserkreis:** Arne Stuck

**Anzeigenleitung:** Gesamt: Tobias Schniggenfittig (verantwortlich für den Anzeigenteil)  
 National: Alexander Arnold

Der Abonnementpreis der Freien Presse beträgt monatlich 31,10 € frei Haus und ist im Voraus zu bezahlen, bei Postbezug im Inland 39,90 €, jeweils einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher schriftlich beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen.

Sämtliche Beiträge in der Freien Presse oder in Freie Presse Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an Freie Presse-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH, Markgrafstraße 62, 10969 Berlin, Tel.: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de, oder direkt beim Verlag.

Veröffentlichung gemäß § 8 des Sächsischen Gesetzes über die Presse vom 3. April 1992: Sämtliche Geschäfts- und Kommanditanteile der Chemnitz Verlag und Druck GmbH & Co. KG befinden sich im Besitz der Medien Union GmbH Ludwigshafen.

# Österreich will Spannungen abbauen

Migration ist das zentrale Thema der dritten EU-Ratspräsidentschaft Österreichs. Zugleich betont Kanzler Sebastian Kurz, dass er als Brückenbauer auftreten will.

VON FABIAN NITSCHMANN UND VANESSA REIBER

WIEN – Inmitten des Streits über die Asylpolitik hat Österreich für sechs Monate den Ratsvorsitz der Europäischen Union von Bulgarien übernommen. „Ein Europa, das schützt“, lautet das Motto der österreichischen Ratspräsidentschaft. „Wir wollen den Ratsvorsitz nutzen, um Brückenbauer in der EU zu sein, Spannungen innerhalb Europas

wieder abzubauen und so sicherzustellen, dass die Europäische Union eine starke ist“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) am Samstag bei der Staffellübergabe auf einem Berggipfel bei Schlading.

Kurz sprach von einem schwierigen Umfeld für die dritte Ratspräsidentschaft Österreichs nach 1998 und 2006. Konkret nannte er Spannungen mit Russland, eine unberechenbar gewordene Situation in den USA und den Brexit, den EU-Austritt Großbritanniens.

Im Mittelpunkt wird in den kommenden sechs Monaten aber eindeutig das Thema Migration stehen. Europa müsse zum einen Sicherheit geben und zum anderen den Wohlstand absichern, der in den vergangenen Jahrzehnten geschaffen wurde, sagt Kurz. Die österreichische Regierung befürwortet einen besseren Schutz der Außengrenzen sowie die beim EU-Gipfel in Brüssel vereinbar-



Staffellübergabe: Sebastian Kurz, Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates, und Bojko Borissow, Bulgariens Premier.

FOTO: B. GINDL/DPA

ten Sammelzentren für Flüchtlinge.

Nachdrücklich verwahrte sich Kurz gegen eine Vereinnahmung durch die AfD. „Wir sind eine klar pro-europäische Bundesregierung“, teilte ein Regierungssprecher in Wien mit. Österreich setze sich für

eine gesamteuropäische Lösung bei der Migration ein. „Für Sebastian Kurz sind dabei die Verbündeten in Deutschland die deutsche Bundesregierung, mit Bundeskanzlerin Angela Merkel an deren Spitze und Innenminister Horst Seehofer, nicht die AfD.“ Der zweite AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen hatte Kurz in einer Rede beim Bundesparteitag in Augsburg als Mitstreiter für eine „Festung Europa“ aufgeführt: „Die, mit denen wir zusammenarbeiten wollen, müssen, die heißen zum Beispiel: Heinz-Christian Strache, Sebastian Kurz, Matteo Salvini und auch Viktor Orbán.“

Für die kommenden Monate hat Kurz einen EU-Afrika-Gipfel in Aussicht gestellt. Es gebe Überlegungen in diese Richtung, sagte er. Das Treffen könnte demnach in der zweiten Hälfte des österreichischen Ratsvorsitzes, also zwischen Oktober und Dezember, stattfinden. (dpa)